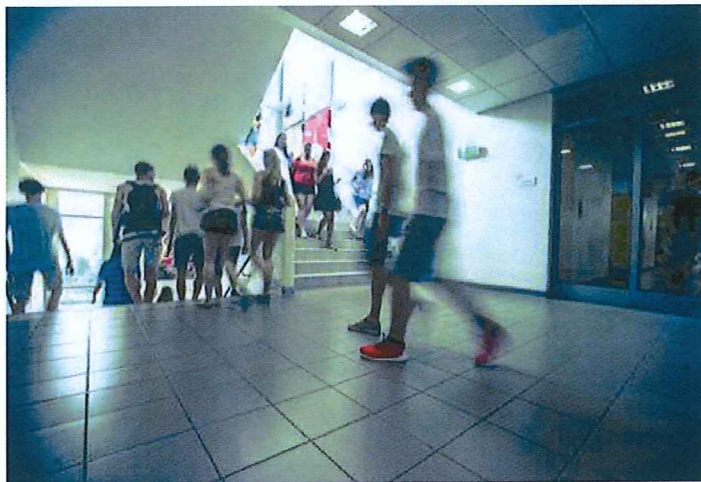


Reaktionen von OGBL, des Unternehmerverbands UEL und der Handwerkskammer auf die geplante Schulpflichtverlängerung

„Wir müssen früher ansetzen“



Um den Schulabbruch effektiv zu bekämpfen, muss man die Ursachen im bestehenden System suchen und beheben, sagen die Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter. Foto: Gerry Huberty

POLITIK & GESELLSCHAFT / MICHÈLE GANTENBEIN

Der Bildungsminister plant die Verlängerung der Schulpflicht von 16 auf 18 Jahre. Hintergrund ist der Gedanke, Schüler ohne Abschluss länger im System zu behalten, damit sie doch noch einen Abschluss machen. De facto bedeutet die Schulpflichtverlängerung, die Schüler zwingen, zwei Jahre länger im System zu bleiben. Claude Meisch (DP) aber möchte sie nicht im regulären Schulsystem ausbilden, sondern plant „alternative Ausbildungsformen“. Was genau darunter zu verstehen ist, sagte er nicht. Bei der Vorstellung des Gesetzentwurfs vergangene Woche stellte er es so dar, dass die Schüler weiterhin zur Schule gehen, aber anders und enger betreut werden. Dass neue Strukturen entstehen sollen und diese Strukturen auch – oder ausschließlich, das ist noch unklar – von privaten Trägern geführt werden, hat er bei der Pressekonferenz nicht erwähnt. Nur, dass man die Schüler psychosozial enger betreuen wolle, mit Hilfe von Trägern, die dem Office national de l'enfance (ONE) nahe stehen. Solche Träger sind Arcus, Caritas oder das

Rote Kreuz. Am selben Tag teilte das Bildungsministerium auf Nachfrage mit, man habe den Bedarf an Strukturen ermittelt und das Kabinett werde sich in den kommenden Wochen damit befassen.

Das Konzept orientiert sich an bestehenden Projekten wie das Projekt Liewenshaff in Esch/Sauer. Hier werden Jugendliche unterrichtet und ausgebildet. Sie sind im Lycée du Nord eingeschrieben, das für die schulische Ausbildung und die Leistungszertifizierung verantwortlich ist. De facto aber werden die Schüler außerhalb der Schule und somit außerhalb des regulären Rahmens ausgebildet. Wie die Ausbildung in den neuen Strukturen organisiert wird, darauf gibt es noch keine Antwort.

Der OGBL hat Zweifel, ob das, was Claude Meisch vorhat, der richtige Weg ist, um gegen den Schulabbruch vorzugehen. Die Gewerkschaft bedauert, dass es Schülern, die ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen wollen, nicht mehr möglich sein wird, sich mit 16 Jahren beruflich zu lancieren. „Wer im regulären System nicht mehr mitkommt, wird gezwungen, in ein solches Zentrum zu gehen, obwohl er vielleicht lieber arbeiten gehen würde“, sagt Stefano Araujo, Leiter der Jugendabteilung des OGBL auf Nachfrage.

„Freiwilligkeit ist das A und O“

Die Frage des Zwangs ist berechtigt. Im Ausbildungszentrum Liewenshaff erfolgt die Aufnahme auf Initiative der Jugendlichen und sie entscheiden auch, ob sie dort bleiben oder die Struktur verlassen wollen. „Die Freiwilligkeit“, so Jean Fetz – er hat das Projekt Liewenshaff ins Leben gerufen – „ist das A und O bei der Sache“. Stefano Araujo bezeichnet solche Projekte als richtig und gut. „Sie erfüllen ihren Zweck“, sagt er. „Aber bei dem, was jetzt geplant ist, sprechen wir von einem völlig anderen Maßstab.“

Araujo hegt zudem Zweifel, ob in diesen Zentren die Zielsetzungen des Bildungswesens erfüllt werden. „Eine Ausbildung findet in einem gesetzlich geregelten Rahmen statt, entweder in einer Schule oder in einem Betrieb, aber nicht in einem Centre d'accompagnement. Was ist eine Qualifikation in diesen Zentren wert?“, fragt der Gewerkschafter und erinnert daran, dass „selbst die regulären Diplome nicht mehr die Qualität haben, die die Betriebe erwarten.“ Die Schaffung eines parallelen Schul- und Ausbildungssystems stelle das bestehende Schulsystem und die betriebliche Ausbildung infrage.

Seiner Ansicht nach gehen die Pläne des Bildungsministers eher in Richtung Beschäftigungsmaßnahme, „um die jungen Menschen aus der Schule heraus zu haben, sie bis 18 zu beschäftigen, um dann sagen zu können: Das Bildungsministerium hat sein Soll erfüllt“. Er glaubt, dass die Schulpflichtverlängerung lediglich dazu dient, die Statistiken zu beschönigen.

Araujo sieht auch nicht ein, warum die Ausbildung an private Organismen ausgelagert werden soll. „Hier wird ein paralleles Schulsystem geschaffen“, so seine Befürchtung. Das sieht auch Vera Dockendorf vom SEW/OGBL so. Die Sekundarschullehrerin nennt es einen klugen Schachzug des Ministers, die Ausbildung aus der öffentlichen Schule herauszulösen. Das erlaube dem Minister, die Gewerkschaften zu umgehen. Auch sie befürchtet, dass es auf eine Art „Garderie“ hinauslaufen könnte, „wo die Schüler herumsitzen, ohne dass viel dabei herauskommt“. Der Minister betonte auf der Pressekonferenz, Ziel sei es, den Jugendlichen zu einem regulären Abschluss zu verhelfen: Sekundarschulabschluss, Technikerdiplom, DAP, CCP.

Als Unternehmer hat Michel Reckinger Erfahrung mit jungen Auszubildenden. „Viele junge Menschen wollen nicht mehr zur Schule gehen, sie wollen arbeiten.“ Es mache keinen Sinn, sie zu zwingen, länger in der Schule zu bleiben, sagt der Vorsitzende des Unternehmerversbands UEL. Sie seien besser in einer praktischen Ausbildung aufgehoben, wie sie beispielsweise in den Kompetenzzentren für Gebäudetechnik sowie für Innen- und Außenausbau angeboten werden, die vom Handwerk in Eigenregie aufgebaut wurden. Auf keinen Fall, so Reckinger, dürfe es darauf hinauslaufen, mit weniger Anstrengung und Engagement zu einem regulären Diplom zu gelangen.

Der UEL-Präsident und die OGBL-Vertreter sind sich zudem einig in der Feststellung, dass es schwierig sein wird, die nötigen Fachkräfte zu finden, die diese Zielgruppe unterrichten, begleiten und ausbilden sollen, zumal es im regulären Schul- und Ausbildungssystem bereits an Ressourcen fehlt. Einig sind sie sich auch in der Feststellung, dass die Ursachen für den schulischen Misserfolg im bestehenden System zu suchen sind und dort behoben werden müssen. Für den OGBL liegt das Problem bei der Initialausbildung: Ein ungenügendes Angebot an Berufsausbildungen wegen Mangel an Ausbildern, ein Angebot, das nicht an die Wünsche und Erwartungen der Auszubildenden angepasst ist, sowie eine schulische Ausbildung, die nicht den Bedürfnissen der Schüler

entspricht.

„Wir müssen früher ansetzen“, sagt Dockendorf. Früher bedeutet im Fondamental und in den unteren Sekundarklassen, spezifisch im Secondaire général (ESG). „Die Schüler schaffen die ersten drei Jahre ohne Anstrengung, haben aber dann Probleme, auf 4 e mitzuhalten“, sagt die Sekundarschullehrerin. Viele würden die Klasse nicht schaffen. Laut den Zahlen des Bildungsministeriums lag die Erfolgsquote auf der 4 e ESG in den Jahren 2015/16 bis 2019/20 zwischen 72 und 81 Prozent. Einzig im Corona-Krisenjahr 2020/21 ist die Erfolgsquote auf 69 Prozent gesunken. Im Classique lag die Erfolgsquote auf der 4 e im gleichen Zeitraum zwischen 89 und 95 Prozent, wobei aber die Aufschlüsselung nach Sektionen fehlt.

Schlüsselement Orientierung

Die Handwerkskammer wusste von der Absicht des Bildungsministers, die Schulpflicht zu verlängern. „Wir standen mit dem Ministerium darüber im Austausch“, sagt Generaldirektor Tom Wirion auf Nachfrage. Was aber konkret geplant ist und welcher Art die alternativen Ausbildungsformen sein werden, weiß auch er nicht. Die Handwerkskammer könne mit der Schulpflichtverlängerung leben, sagt Wirion. Eine Wunderlösung aber sei sie nicht. Für ihn liegt die Lösung in der Präventionsarbeit. Schlüsselement der Prävention sei die Orientierung, „eventuell in Verbindung mit einem Coaching“, so Wirion. Immerhin seien die Schüler noch sehr jung, wenn sie sich für eine Ausbildung entscheiden müssen.

Um die Orientierung zu verbessern, müsse die Politik die Kriterien anpassen, sagt Wirion. „Man muss die Schüler ganzheitlich betrachten, ihre Stärken und Schwächen. Das passiert im Moment nicht.“ Ziel sollte es in jedem Fall sein, die jungen Menschen über die alternativen Wege zurück ins reguläre Ausbildungssystem zu holen. „Das ist wichtig für die jungen Menschen, aber auch für die Betriebe, denn sie brauchen qualifizierte Fachkräfte.“